

Soziale Bewegungen, "violent groups" und staatliche Reaktion: ein Prozeßmodell zur Analyse der Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und den Instanzen sozialer Kontrolle

Karstedt-Henke, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Karstedt-Henke, S. (1979). Soziale Bewegungen, "violent groups" und staatliche Reaktion: ein Prozeßmodell zur Analyse der Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und den Instanzen sozialer Kontrolle. In R. Mackensen, & F. Sagebiel (Hrsg.), *Soziologische Analysen: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der ad-hoc-Gruppen beim 19. Deutschen Soziologentag (Berlin, 17.-20. April 1979)* (S. 341-350). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135945>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Soziale Bewegungen, "violent groups" und staatliche Reaktion.

Ein Prozeßmodell zur Analyse der Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und den Instanzen sozialer Kontrolle

Susanne Karstedt-Henke

1. Soziale Bewegung, Konflikt und politischer Protest:
Probleme der Forschung

Die Entwicklung von Gruppierungen, die politische Gewalt anwenden, finden wir in verschiedenen historischen und kulturellen Kontexten: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Rahmen politisch-sozialer Bewegungen, nach dem ersten Weltkrieg aus aufgelösten militärischen Verbänden hervorgehend, in jüngster Zeit im Rahmen national und/oder religiös orientierter Separatistenbewegungen, im Rahmen von Rassenkonflikten und in der Folge von Studentenbewegungen und -unruhen. Gemeinsam scheint diesen differenten Erscheinungsformen gewaltanwendender Gruppierungen ihre Verankerung in einer sozialen Protestbewegung zu sein.

Die auf den ersten Blick frappierenden Gemeinsamkeiten so differenter Phänomene verführen denn auch zu alltagstheoretischen Erklärungsansätzen, daß die "unkonventionellen politischen Aktionen" (Kritzer 1977), die charakteristisch für eine soziale Protestbewegung sind, unmittelbare Ursache für die Gewaltanwendung durch kleine, "terroristische" Gruppen seien.

Das Problem der sozialwissenschaftlichen Erforschung von politischer Gewalt und den entsprechenden Formen kollektiver Gewaltanwendung liegt offensichtlich in der je singulären historischen Faktorenkombination, die Ereignisse der Gewaltanwendung im politischen Bereich darstellen. Die jeweils einzigartige Verknüpfung von struktureller Ausgangslage, Motiv- und Verhaltensdispositionen der gewaltanwendenden Personen und den solche gewaltauslösenden "zufälligen" Ereignisse sperrt sich der Analyse in ahistorischen Kausalmodellen. Das Problem stellt sich gleichermaßen bei dem Versuch, Prozeßmodelle beschreibenden Charakters zu ent-

wickeln wie auch bei der Indizierung konflikt- und gewaltauslösender Strukturen.

Die sozialwissenschaftliche Analyse von Aufruhr, Rassenunruhen, revolutionären Bewegungen und Revolutionen hat die Idee der gewaltfreien Lösung politischer Konflikte und die Definition jeder Art von Gewaltanwendung als "abweichend" und "irrational" zunehmend in Frage gestellt. Historische Fallanalysen erschütterten das Bild einer "gewaltfreien" Gesellschaft in den U.S.A. (Hofstadter u.a. 1972) durch den Nachweis der Kontinuität der - keineswegs auf Rassenkonflikte beschränkten - Anwendung von Gewalt in allen Bereichen der US-amerikanischen Gesellschaft.

Bei der Analyse staatlicher Repression zeigte sich ferner, daß in den Instanzen sozialer Kontrolle in der Reaktion of politische Gewalt weder "rational" noch "konform" im Sinne bestehender Normen - vor allem durch das Übermaß des Gewalteinsetzes - gehandelt wird (Stark 1972). Die "Prominenz" repressiver Akte für die Verlaufsgeschichte von Revolutionen (Tilly 1972, S. 73) und den Ablauf von Aufruhr und Demonstrationen haben das Bild des staatlichen Kontrollapparates drastisch geändert. Angesichts einer mehrheitlichen Überreaktion der Instanzen sozialer Kontrolle fragen sich die Forscher, ob das bisher gültige Reiz (Gewalt)-(staatliche)Reaktionsmodell nicht dahingehend umgekehrt werden müsse, daß Unruhen in einem politischen System als Verstärkungsplan für repressive Regierungsakte angesehen werden müssen (Anderson und Nesvold 1972, S. 908).

Ein Großteil der europäischen Unruhen ... nahm gewaltsame Formen gerade in dem Moment an, als die Autoritäten intervenierten, um eine illegale, aber gewaltlose Aktion zu stoppen. Dies gilt typischerweise für gewaltsame Streiks und Demonstrationen. Tote und Verletzte sind eher den staatlichen Maßnahmen zuzurechnen, Sachschäden den Demonstranten (Tilly 1969, S. 42).

Die Dynamik einer sozialen Bewegung, ihr Verlauf und letztendliche Richtung entstehen also durch die Interaktion mit den

Instanzen sozialer Kontrolle und dem politischen System und entwickelt sich durch die von beiden Seiten angewandten "Strategien politischer Gewalt" (Waldmann 1977). Seine besonderen Konturen gewinnt dieser Prozeß aus der komplexen Struktur des politischen Entscheidungssystems und der Instanzen sozialer Kontrolle sowie aus spezifischen Strukturmerkmalen der sozialen Bewegung selbst und der Gesellschaft, in der sie entsteht.

2. Gesellschaftsstruktur und Struktur sozialer Bewegungen

Smelser nannte den Prozeß gesellschaftlicher Differenzierung und damit zunehmender Mobilisierung von Teilen einer Bevölkerung als eine der Voraussetzungen sozialer Bewegungen im allgemeinen (Smelser 1972). Er bezieht dabei neben ökonomischen und politischen Differenzierungsprozessen die gleichzeitigen Verschiebungen im Wert- und Normensystem einer Gesellschaft ein, die Aufweichung bis dahin festetablierter Wertgrenzen der "Negation" bei Etablierung kollektiver Wert- und Normensysteme (Simmel 1968).

Die strukturorientiert Konfliktforschung präzisiert diesen Ansatz in verschiedenen Richtungen.

Gesellschaftliche Differenzierungsprozesse können zu verstärkten Diskrepanzen bei der elementaren Bedürfnisbefriedigung in einer Population führen. Bei gleichzeitig wachsender Mobilität kann in Teilen dieser Population die Wahrnehmung solcher Diskrepanzen wachsen, werden Ansprüche hochgeschraubt, die nicht erfüllt werden, oder wird ein Absinken unter die bisherigen Möglichkeiten und Standards der Bedürfnisbefriedigung festgestellt. Sowohl faktische Diskrepanzen als auch ihre Wahrnehmung werden in dem Konstrukt der "relativen Deprivation" (Gutt 1970) zusammengefaßt: In einer Population können dann soziale Protestbewegungen entstehen, wenn die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung im Vergleich zu früheren Zuständen oder anderen Teilen einer Population als nicht angemessen wahrgenommen wird. Damit wird dem bereits von Toqueville beobachteten und von Davis (1974) in der J-Kurve dargestellten Phänomen Rechnung getragen, daß sozialen Protestbewegungen häufig eine Zeit des wirtschaftlichen Auf-

schwungs und der Verbesserung der ökonomischen Situation einer Population vorangeht.

Prozesse sozialer Differenzierung können auf der einen Seite zu einer verstärkten funktionalen Bindung und Interdependenz gesellschaftlicher Subsysteme führen, erfordern auf der anderen Seite neue Grenzziehungsprozesse: Es kann also am Rande der Gesellschaft zur Segmentbildung bzw. zu Randgruppenbildungen kommen, in denen Fürstenberg Entwicklungsmöglichkeiten für "innovative Randgruppen" und Potentiale für soziale Protestbewegungen sieht (Fürstenberg 1965). Die Bildung von gesellschaftlichen Segmenten, d.h. Gruppierungen von nach bestimmten gesellschaftlichen Kategorien gleichartigen, deren Binnenkontakte die Außenkontakte überwiegen, die vom gesellschaftlichen Mobilisierungsprozeß ausgeschlossen sind und deren Partizipationschancen an zentralen gesellschaftlichen Institutionen geringer sind als die anderer Gruppen, dürfte vor allem im Fall religiös-rassisch- oder nationalistisch orientierter Protestbewegungen eine wesentliche Rolle spielen (Feierabend u.a. 1972).

Es ist ein Kennzeichen sozialer Protestbewegungen, daß sie eine diffuse Ziel- und Normenstruktur (Wilkinson 1974) und keine definierten Mitgliedschaftsrollen haben, folglich auch nicht über eine etablierte Führungs- und Kommunikationsstruktur verfügen.

Der Ausgangspunkt sozialer Protestbewegungen in ökonomisch und statusmäßig deprivierten Soziallagen und gesellschaftlichen Segmenten läßt eine im Kernbereich homogene Mitgliedschaft erwarten (Rudé 1977). Im Falle der Zugehörigkeit zu einer rassisch-ethnischen Minderheit oder der - wenn auch zeitlich limitierten - Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe (Jugendliche, Studenten) wird sich eine kollektive Identität eher und eindeutiger ausprägen, da die Gruppenzugehörigkeit als "master-status" die gesamten Rollensegmente der Mitglieder der Protestbewegung bestimmt. Gleichzeitig rekrutieren soziale Bewegungen Mitglieder mit nicht nur unterschiedlichen, sondern auch kon-

trären Motiv- und Handlungsdispositionen. Proaktive und reaktive Mitgliedschaften (Gamson 1972), aktivistische und entfremdete Protestanten (Kenniston 1968) prägen gemeinsam das Bild der sozialen Bewegung. Die jeweiligen Potentiale ziel- und handlungsorientierter und desorientierter Gruppierungen ziehen bestimmte gesellschaftliche Reaktionen und Einschätzungen der Kontrollinstanzen auf sich, denen sie wiederum typische Reaktionsmuster entgegenstellen, so daß ein vielschichtiger Reiz-Reaktionsprozeß den Verlauf der sozialen Bewegung bestimmt.

Die Rekrutierung so differenter Mitgliedschaften hat ihre Ursache in einem Charakteristikum der Zielstruktur sozialer Bewegungen, das in Anlehnung an Simmel als "Negativität kollektiver Zielsetzungen" beschrieben werden kann (Simmel 1978). Soziale Bewegungen entwickeln ihre Zielsetzungen in einer mehr oder weniger präzisierten und dezidierten Negation gesellschaftlicher Ziele, Werte und Normen, ohne diese unmittelbar positive und handlungsorientierende Zielsetzungen folgen zu lassen. Die Negation in der Zielsetzung äußert sich durchaus präzise in Angriffen auf bestimmte Personen und Sachen (Rudé 1977) oder wird diffus in der großen Verweigerung gelebt (Kenniston 1967).

Reichweite und Intensität der Negation sind entscheidend für den Versuch, die Ziele der sozialen Bewegung zu legitimieren, die Mitgliedschaft zu vergrößern und Unterstützung bei den gesellschaftlichen Eliten und im politischen Subsystem zu gewinnen. Ihrer Legitimationsfähigkeit kommt zugute, daß sich die Mitglieder durchaus auf anerkannte gesellschaftliche Werte oder alte Privilegien berufen, die bislang nicht relaisiert wurden oder bedroht sind.

Aufgrund des Mangels an interner Struktur ist eine soziale Bewegung angewiesen auf ein externes Kommunikationsnetz, das Verbreitung der Ziele und Anliegen ermöglicht. Die "unkonventionellen politischen Aktionen" - in der Regel symbolische oder manifeste Normverletzungen und Angriffe auf das staat-

liche Gewaltmonopol - und charismatische Führerpersönlichkeiten verschaffen den notwendigen Zugang zum externen Kommunikationsnetz und bestimmen das Bild und die häufige Überschätzung der sozialen Bewegung in der Öffentlichkeit.

3. Struktur des politischen Systems und der Instanzen sozialer Kontrolle

Die Inkonsistenz staatlicher Reaktion auf soziale Bewegungen und einzelne Gewaltereignisse (Feierabend u.a. 1970) ist das durchgängige und hervorstechende Merkmal der Repressionsmaßnahmen. Da sich die Inkonsistenz offensichtlich nicht einem vorsichtigen und "experimentellen" Repressionseinsatz zuschreiben läßt, wollen wir versuchen, sie aus den strukturellen Bedingungen des staatlichen Zwangsapparates abzuleiten. Dessen Ausdifferenzierung und partielle Autonomie gegenüber dem politischen Handlungssystem führt zu einer Differenzierung der Handlungsprogramme in die "Zweckprogrammierung" des politischen Handlungssystems und die "Konditionalprogrammierung der Instanzen sozialer Kontrolle - Polizei und Justiz.

Während die Reaktion der Instanzen sozialer Kontrolle durch bestimmte normierte Tatbestände ausgelöst und durch festgelegte Handlungsabläufe gesteuert wird (Konditionalprogramm), können im politischen System die Handlungsmittel den jeweils festzulegenden Zielsetzungen angepaßt werden (Zweckprogramm). So können die von der sozialen Bewegung vorgetragenen Angriffe und Zielsetzungen - insbesondere im Zuge eines Wechsels der herrschenden Parteien und Eliten (Perrow 1977) in das legitimierte und legitimationsfähige politische Wert- und Zielsystem aufgenommen werden. Die potentielle Offenheit des politischen Systems und seine Integrationsfähigkeit gegenüber neuen politischen Gruppierungen und ihren Zielsetzungen wird gefördert und gefährdet zugleich durch die relative Autonomie des staatlichen Zwangsapparates; auf diese Weise entwickelt sich eine Arbeitsteilung zwischen "Integration" und "Repression" der sozialen Bewegung.

Das konditionale Entscheidungsprogramm der Kontrollinstanzen ist darauf angewiesen, daß sich die Aktionen und Äußerungen der Mitglieder einer sozialen Protestbewegung oder die Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe selbst (Koalitionsverbote, Demonstrationsverbote) bereits als abweichendes Verhalten einem handlungsauslösenden Tatbestand subsumieren lassen. Die Ambiguität in der Formulierung der Norm und die entsprechenden Ermessensspielräume haben zunächst regional uneinheitliche Reaktionen zur Folge - so bei den Springerdemonstrationen 1968 in der Bundesrepublik -, vor allem dann, wenn es sich um unkonventionelle Aktionen wie sit-ins, kontrollierte Rechtsbrüche und gewaltlose Aktionen handelt, erlauben es den Kontrollinstanzen aber ebenso, taktisch nicht zu bewältigende Situationen wie massenhaften Drogenkonsum in Großveranstaltungen zu ignorieren.

Bei der Ausfüllung der Ermessensspielräume durch die institutionellen Alltagstheorien und teilweise subkulturähnlichen Interpretationsschemata der Kontrollinstanzen (Stark 1972), sind zwei "Ideologeme" von herausragender Bedeutung: "große Verschwörung" und "Drahtzieher - kleine radikale Minderheit" (Stark 1972, S. 154). Sie liefern zu Beginn der sozialen Bewegung die Grundlage für eine selektive Kriminalisierung besonders aktiver und Führungsgruppen, während das politische System Teilen der Protestbewegung die Integration über bestehende oder neugeöffnete Partizipationsmöglichkeiten anbietet.

Bei dieser Arbeitsteilung entstehen durchaus Reibungsverluste: So bedarf die in der Mehrzahl der Fälle erfolgte Überreaktion gegenüber der sozialen Protestbewegung einer nachträglichen Legitimation, die entsprechend den Integrationszielen und gegenüber einer aufgebrachtten "öffentlichen Meinung" vom politischen System durchaus verweigert werden kann und von den Instanzen bei weiteren Maßnahmen antizipiert wird. Da das instanzliche Konditionalprogramm gegenüber unmittelbaren Eingriffen durch das politische Handlungssystem abgedichtet ist, um die Ausdifferenzierung und Autonomie zu erhalten, kann die Durchsetzung politischer Ziele durch den staatlichen Zwangs-

apparat auch zurückgewiesen werden. Dies gilt weniger für die Exekutivorgane als für die Justiz; die bundesdeutsche Richterschaft widersetzte sich der politischen Forderung nach rascher "Aburteilung" der "Rädelsführer" der Springer-Demonstration (Grossmann u.a. 1968), die Strafen für (nicht erfolgreiche) Revolutionäre und Anarchisten in Frankreich und Italien waren eher milde (Joll 1966). Dies zwingt die Legislative, bestehende Konditionalprogramme so zu revidieren, daß vor allem für die externen Kommunikationsmöglichkeiten der sozialen Bewegung, ihre Zielsetzungen und ihre Aktionen eine eindeutige normative Grundlage für den instanzlichen Zugriff vorliegt, der dann in erster Linie generalpräventive Wirkungen anzielt.

4. Sequenzen des Interaktionsprozesses zwischen sozialer Protestbewegung, politischem System und den Instanzen sozialer Kontrolle

Auf der Grundlage der Strukturanalyse lassen sich drei Phasen des Interaktionsprozesses zwischen sozialer Protestbewegung, politischem System und den Instanzen sozialer Kontrolle unterscheiden.

1. Phase: Die strukturbedingte Inkonsistenz der Reaktionsmuster des staatlichen Zwangsapparates führt zu einer Ausweitung des Konfliktes und ermöglicht das Wachstum der Protestbewegung (Feierabend 1970).

2. Phase: Die arbeitsteilige, differenzierte Reaktion von Partizipationseröffnung und Ziellegitimierung einerseits und Blockade und Kriminalisierung andererseits führt zu einer Differenzierung der sozialen Bewegung in Gruppierungen, die sich organisieren und in das politische System integrieren (aktivistische Gruppierungen), die sich der Protestbewegung, aber auch der Gesellschaft zunehmend entziehen (entfremdete Gruppierungen), und schließlich Gruppen, die einer Verschärfung des Konfliktes durch die zunehmende Anwendung illegaler Mittel bei ihren Aktionen zusteuern. In dieser Phase werden durch Konsolidierung

und Ausweitung des Repressionspotentials die Voraussetzungen für den weiteren Verlauf der Protestbewegung geschaffen.

3. Phase: Der zu Beginn einer sozialen Bewegung bestehende Konnex mit gewaltanwendenden Gruppierungen ist in der dritten Phase auslösender Reiz für die erweiterte Illegitimisierung und Kriminalisierung politischen Protestes, die insbesondere auf die Kommunikationsmöglichkeiten und Mitgliedschaftsrekrutierung der sozialen Bewegung zielen. Der Legitimationsvorschuß für staatliche Zwangsmaßnahmen gegenüber spektakulären Gewaltaktionen führt zum Abbau der arbeitsteiligen Reaktionsstruktur und zur Verstärkung der Interorganisationsbeziehungen. Die Blockade der Kommunikationskanäle und -inhalte kann das Protestpotential in die Latenz drücken, bereitet gleichzeitig auch durch die verringerten Partizipationschancen den Boden für neue reaktive soziale Bewegungen.

Literatur:

- Anderson, C.W./Nesvold, B.A.: A Skinnerian Analysis of Conflict Behavior: Walden II Goes Cross-national. American Behavioral Scientist, Vol. 15, 1972, S. 883-909.
- Davies, J.C.: The J-Curve and Power Struggle Theories of Collective Violence, Am. Soc.Rev. Vol. 39, 1974, S. 607-610.
- Feierabend, J.K./Nesvold, B.A./Feierabend, R.L.: Political Coerciveness and Turmoil: A Cross-National Inquiry. Law and Society Review, Vol. 5, 1970, S. 93-118.
- Fürstenberg, F.: Randgruppen in der modernen Gesellschaft. Soziale Welt 1965, S. 236-245.
- Gamson, W.A./McEvoy, J.: Police, Violence and Public Support. In: Wolfgang, M.E. (Hrsg.) Collective Violence, Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 291, 1972, S. 97-110.
- Grossmann, H./Negt, O. (Hrsg.): Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1968.
- Gurr, T.R.: Why Men Rebel, Princeton, New Jersey 1970.
- Hofstadter, R./Wallace, M. (Hrsg.) American Violence. A Documentary History, New York 1972.

- Joll, J.: Die Anarchisten, Berlin 1966.
- Kenniston, K.: Young Radicals. Notes on Committed Youth, New York 1968.
- Kritzer, H.M.: A Theory of Unconventional Political Action: The Dynamics of Confrontation. In: Hofnagels, M. (Hrsg.): Repression and Repressive Violence, Amsterdam 1977, S. 109-132.
- Perrow, C./ Jenkins, C.J.: Insurgency of the Powerless: Farm Workers' Movement 1946-1972. Am.Soc.Rev. Vol. 42, 1977, S. 249-268.
- Rudé, G.: Die Volksmassen in der Geschichte. Unruhe, Aufstände und Revolutionen in England und Frankreich 1730-1848, Frankfurt a.M. 1977
- Simmel, G.: Exkurs über die Negativität kollektiver Verhaltensweisen. In: ders., Soziologie, 5. Aufl. Berlin 1968, S. 359-362.
- Stark, R.: Police Riots: Collective Violence and Law Enforcement, Belmont Calif. 1972.
- Tilly, C.: Collective Violence in European Perspective. In: Graham, H.D./Gurr T.R. (Hrsg.): Violence in America. Historical and Comparative Perspectives. A Report Submitted to the National Commission on the Causes and Prevention of Violence, New York 1969, S. 4-45.
- ders.: Rule, J.: 1830 and the Unnatural History of Revolutions. Journ. of Social Issues, Vol. 28, S. 51-76.
- Waldemann, P.: Strategien politischer Gewalt. Stuttgart, Berlin 1977.
- Wilkinson, P.: Soziale Bewegungen. Von Rousseau bis Castro. München 1974.
- Zimmermann, E.: Soziologie der politischen Gewalt. Darstellung und Kritik vergleichender Aggregationsdatenanalysen aus den USA, Stuttgart 1977.